

18.07.2011

Unkenntnis und Unehrllichkeit schaden Bruchköbel

BBB wehrt sich gegen Gebührenerhöhungen und Unterstellungen der Grünen

Bruchköbel.- Der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) tritt Unterstellungen der Grünen in deren jüngster Presseverlautbarung entgegen. Die Behauptung der Grünen, der BBB habe dem Haushaltskonsolidierungskonzept für 2011 mit „Gebührenanpassungen“ zugestimmt, sei schlicht falsch, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Die Wahrheit sei, daß die BBB-Fraktion sowohl gegen den Antrag der Grünen, regelmäßig die Gebühren zu erhöhen, gestimmt habe, weil dieser den nötigen Sparwillen vermissen ließ, wie auch gegen das Haushaltssicherungskonzept insgesamt, weil dieses völlig unzureichend und überdies falsch gewichtet sei. Der BBB fordert die Grünen auf, in der politischen Argumentation bei der Wahrheit zu bleiben, auch wenn sie damit einen schweren Stand hätten. „Sehr gewundert habe ich mich allerdings, daß die CDU im März 2011 dem Gebührenerhöhungsantrag der Grünen zugestimmt hat, obwohl sie zeitgleich im Kommunalwahlkampf versprochen hat, keine Gebühren zu erhöhen“, so Alexander Rabold. Gemeinhin nenne man so etwas Wahlbetrug. In der Sache liege die grüne Argumentation, der BBB hätte jetzt der Erhöhung der Abwassergebühren zustimmen sollen, um die Finanzierung des Radweges von Niederissigheim nach Butterstadt zu ermöglichen, komplett neben dem öffentlichen Gebührenrecht. Dies zeige, daß die Grünen nicht wirklich verstanden hätten, was sie in der Stadtverordnetenversammlung überhaupt entscheiden, so der haushaltspolitische Sprecher der BBB-Fraktion Joachim Reholz. Gebühren dürften nach dem Kommunalabgabenrecht nur „auskömmlich“ sein, also die tatsächlichen Aufwendungen, für die sie konkret erhoben werden, abdecken, nicht aber zur Finanzierung völlig anderer Sachen eingesetzt werden. Vor dem Hintergrund der grünen Argumentation erscheine es nun fraglich, ob die von CDU, Grünen, SPD und FDP im Mai beschlossene Erhöhung der Abwassergebühren überhaupt richtig kalkuliert und damit rechtmäßig sei. Diese Unkenntnis gepaart mit der Unehrllichkeit der CDU in der grün-schwarzen Koalition schade langfristig der Stadt erheblich. In der Sache gehe dabei nichts voran, rügt der

verkehrspolitische Sprecher der BBB-Fraktion Harald Hormel und verweist darauf, daß eine Vorfinanzierung des Teilstücks des Radwegs aus allgemeinen Straßenbaumitteln und auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Main-Kinzig-Kreis selbstverständlich möglich gewesen wäre. Schlimmer noch müsse der enttäuschte Bürger der Presseverlautbarung der Grünen entnehmen, daß noch nicht einmal die Fördermittel nach dem GVFG beantragt seien, obwohl der Radweg schon planfestgestellt und damit jederzeit zu bauen sei. Die grün-schwarze Koalition verbräme ihre Untätigkeit bei den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur mit angeblichen Sparmaßnahmen, während sie ungebremst jährlich Millionen in der laufenden Verwaltung verheize.